

IHRA-ANTISEMITISMUS-DEFINITION

# Juden beschützen oder israelische Besatzungspolitik unterstützen?

Claude Grégoire

**Statt den Begriff Antisemitismus inflationär zu gebrauchen, solle man sich gemeinsam für Menschenrechte in Israel-Palästina und anderswo einsetzen, schreibt Claude Grégoire in einer Reaktion auf den Artikel in der woxx 1533.**

Am 21. Juni publizierte die woxx einen Beitrag von Thorsten Fuchshuber, Mitglied der Redaktion, ein Plädoyer für die „neue Definition“ des Antisemitismus, wie sie von der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) verbreitet wird. Gleich zu Beginn behauptet der Autor, die genannte Definition bedrohe nicht die Meinungsfreiheit. Die Fakten sprechen jedoch für sich: schon jetzt dient die IHRA-Definition dazu, friedlichen Protest einzuschränken und kritische Stimmen mundtot zu machen ...

## Gefährliche Vermischung

Gleich zu Beginn benutzt der Autor ein raffiniertes sprachliches Konstrukt und schreibt von „israelbezogenem Antisemitismus“. Laut allgemein akzeptierter Definition ist Antisemitismus eine Form von Rassismus - und Rassismus wird definiert als Ausdruck von Hass gegen Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten religiösen oder ethnischen Gruppe. Warum soll nun auf einmal Kritik am Agieren eines Staates damit assoziiert werden? Kritik an einem Staat per se ist ja nicht mit Hass und schon gar nicht mit Hass gegen Personen gleichzusetzen. Dann kommt jedoch die Beschuldigung, es sei versteckter Hass, unterschwelliger Antisemitismus oder gar „unbewusster Antisemitismus“, wie das ein selbsternannter Antisemitismus-Experte in Luxemburg regelmäßig tut, und schon sind wir inmitten einer neuen Inquisition.

Die IHRA-Definition spricht vom „Staat Israel, der als jüdisches Kollektiv verstanden wird“. Meint sie „miss-

verstanden wird“ oder meint sie „verstanden werden soll“? Konfusion als Mittel der Einschüchterung. Wer hat Interesse an dieser „neuen“ Definition? Ist nicht gerade die Vermischung von Juden und Israeli/Israel Nährboden für echten Antisemitismus? Denn nicht jeder Israeli ist Jude und schon gar nicht jeder Jude Israeli ... Aber leider gibt es Leute, die das nicht verstehen oder nicht verstehen wollen: Das mag die einen dazu verleiten, israelkritische Parolen auf Synagogen oder jüdische Friedhöfe zu schmieren, und die anderen wiederum, Kritiker der israelischen Politik öffentlich als Antisemiten zu verleumden.

Um die Leser über die vermeintlich antisemitische BDS-Kampagne (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen für Palästina) aufzuklären, „an der sich auch das CPJPO beteiligt“, empfiehlt der Autor auf der woxx-Webseite einen Artikel von Samuel Salzborn, in welchem dieser unter anderem lapidar behauptet: „Das israelische Staatsangehörigkeitsrecht ist grundsätzlich nicht-diskriminierend und nicht rassistisch.“ Eine erstaunliche Aussage, wenn man das Gesetz näher betrachtet, das von den Rechtsextremen in der Knesset im Juli 2018 - gegen massiven Widerstand - durchgebracht wurde und offen die arabische Minderheit diskriminiert sowie Siedlungsbau und Landraub zur Staatsräson erklärt. Am 9. März 2019 bekräftigte Netanjahu, Israel sei „nicht der Staat aller seiner Bürger“, sondern nur jener der Juden ...

## Der Boykott und seine Bekämpfung

Ist die BDS-Bewegung tatsächlich antisemitisch, wie das der Autor des woxx-Artikels durchblicken lässt? Es ist vor allem eine gewaltfreie Form von Widerstand, von knapp 170 palästinensischen Organisationen ins Leben gerufen, um grundlegende Menschenrechte zu erlangen, die den Palästinensern

tagtäglich mit militärischer Gewalt vorenthalten werden. Welche andere Form von Widerstand empfiehlt ihnen der Autor - oder sollen sie einfach kopfnickend der endlosen Enteignung und Erniedrigung zustimmen? Anlässlich einer haarsträubenden Debatte im Bundestag zogen mehrere deutsche Abgeordnete Parallelen zwischen dieser Bewegung und Nazi-Parolen wie „Kauft nicht bei Juden“. Eine erschreckende Art der Vergangenheitsbewältigung, die auf dem Rücken eines unterdrückten Volkes ausgetragen werden soll, an Menschen, die keinerlei Verantwortung für die dunkle Geschichte Deutschlands tragen.



WIKIMEDIA/MARC VENEZIA/CC BY-SA 3.0

Kritik an der Mauer, die weit in das palästinensische Gebiet reicht und ein Symbol der israelischen Besatzung ist.

Der deutsche Journalist Andreas Zumach, Uno-Korrespondent für die Taz, bringt es auf den Punkt: „Auf politischer Ebene wird mit der schwammigen Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken hantiert. Die ermöglicht es, Kritiker der völkerrechtswidrigen Politik Israels als Antisemiten zu diffamieren. Und der inflationäre Gebrauch jenes Vorwurfs erschwert die Bekämpfung der real existierenden Judenfeindlichkeit.“ Die israelische Regierung nennt BDS-Aktivisten „Terroristen“, verhängt Einreiseverbote gegen EU-Politiker und Menschenrechtsorganisationen und droht über ihren Minister Gilad Erdan, „die BDS-Bewegung weltweit mit allen verfügbaren politischen, geheimdienstlichen und sonstigen

Mitteln und durch zivile Attentate zu eliminieren“.

„Ich habe es endgültig satt, dass jüdische Identität und Geschichte missbraucht werden gegen die Menschlichkeit der Palästinenser. Ich weigere mich, mundtot gemacht zu werden. Verleumderische Angriffe gegen Befürworter palästinensischer Rechte sind weitverbreitet und erschreckend. Du kannst ein Überlebender des Holocaust sein, ein lebenslanger Menschenrechtsaktivist, ein Lehrer oder Journalist und als Antisemit gebrandmarkt werden, nur weil du für Palästina sprichst“, schreibt Rebecca Vilkomerson, Direktorin der Jewish Voice for Peace.

In Anbetracht der Konfusion und der Gefahren für Meinungs- und Versammlungsfreiheit gibt es massive internationale Ablehnung gegen die IHRA-Antisemitismus-Definition: Wer sie mitsamt Beispielen verbreitet und damit den inflationären Gebrauch des Antisemitismus-Vorwurfes fördert, schützt nicht Juden. Er stellt sich auch nicht auf die Seite der Menschenrechte, sondern vielmehr auf die Seite einer rechtsextremen Regierung und ihrer Unterstützer, die jede Kritik am Agieren des Staates Israel unterbinden wollen. Wäre es nicht sinnvoller, statt eine gut organisierte Hexenjagd zu fördern, wenn progressive Menschen, Juden und Nichtjuden, sich gemeinsam für universelle Menschenrechte, Gleichberechtigung und Demokratie, gegen Unterdrückung und jede Form von Rassismus hier und in Israel-Palästina einsetzen würden? Es gibt viel zu tun.

Claude Grégoire ist Mitglied des Verwaltungsrats des Comité pour une paix juste au Proche-Orient. Die integrale Fassung dieser Reaktion ist nachzulesen unter [woxx.eu/cpjdef](http://woxx.eu/cpjdef)

Eine „Tribune libre“ erscheint unter der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Autor\*innen.